

## **TOP 4: Bericht des Vorstandes zur Delegiertenversammlung 2019**

### **1. Soziale Dienste und Einrichtungen**

Die Caritas setzt sich für alle ein, die besonderen Schutz und Unterstützung benötigen. Dazu gehören Menschen mit Beeinträchtigungen, mit knappen finanziellen Ressourcen und auch Menschen mit Flucht oder Migrationshintergrund. Die Caritas bietet diesen Menschen Unterstützung an und vertritt ihre Interessen in Politik und Öffentlichkeit. Unsere Gesellschaft ist von Vielfalt und Zuwanderung geprägt. Ziel unseres Engagements für und mit benachteiligte(n) Menschen ist es, allen Menschen eine umfassende Teilhabe am Leben zu ermöglichen. Teilhabe steht hierbei für Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebens, Mitbestimmung und Entscheidungsmöglichkeit im eigenen Umfeld. Denn, nur wer sich einbringen kann, gehört dazu.

Dieses Verständnis und diese Haltung zeigt sich in allen Beratungsdiensten und Einrichtungen, die in die Abteilung Soziale Dienste angedockt sind.

#### **Arbeitsbereich Migration und Integration**

##### Politische Einordnung

Der Arbeitsbereich Migration und Integration war im 2018 – wie auch in den Vorjahren – stark von politischen und gesellschaftlichen Debatten und Entwicklungen zum Thema Flucht und Asyl geprägt. Während weltweit mit 68,8 Mio. Menschen Mitte 2018 (Quelle: UNO-Flüchtlingshilfe) so viele Menschen wie noch nie auf der Flucht waren, sanken die Zuzugszahlen in Deutschland aufgrund der Abschottungspolitik der Bundesrepublik und der Europäischen Union.

Besonders geprägt war das Jahr 2018 durch die Regelung, dass der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten seit August 2018 zwar wieder ermöglicht, jedoch auf bis zu 1000 Personen pro Monat begrenzt wurde. Vor dem Hintergrund diffus geführter Debatten mit fachlich nicht begründeten statistischen Behauptungen zu Menschenmassen, die angeblich nach Deutschland strömen würden, zeigte sich hier beispielhaft wie menschenverachtend sich auch etablierte Parteien mittlerweile präsentieren.

##### Flüchtlings- und Migrationsberatung

In der Migrations- und Flüchtlingsberatung der Caritas spielte dementsprechend die Beratung zur Familienzusammenführung eine wichtige Rolle und stellte die Beraterinnen und Berater vor die große Herausforderung, die Hoffnungen ihrer Klientinnen und Klienten oftmals enttäuschen zu müssen. Der nicht – oder nicht in naher Zukunft realisierbare Familiennachzug stelle deshalb auch einen der präsentesten Gründe für den Rückkehrwunsch von Geflüchteten dar, die die Beratung des Raphaelswerks Hannover aufsuchten.

Im Großen und Ganzen lässt sich feststellen, dass die Problemlagen der Ratsuchenden komplexer geworden sind. Es handelt sich nicht mehr um Fragestellungen rund um die ersten Schritte in Deutschland, sondern um gesamtgesellschaftliche Probleme, wie die zunehmende Wohnungsnot, sozialer Abstieg, Verschuldung etc., was den Druck auf die Caritas-Berater\*innen erhöht. Diese

zeigt sich auch darin, dass die Caritas-Regeldienste, wie die Schwangerenberatung, die Schuldnerberatung oder die Allgemeine Sozialberatung zunehmend von Menschen mit Migrationshintergrund aufgesucht werden.

### Politische Arbeit des DiCV Hildesheim

Der Caritasverband für die Diözese Hildesheim hat das Jahr dafür genutzt sein politisches Profil in der Flüchtlingspolitik zu schärfen. Ein wichtiges Ereignis dafür war der Fachtag „Kein Asyl in Europa“, der am 06.09.2018 in Hannover stattgefunden hat. Aber auch die Annäherung an die Seebrücke-Bewegung durch die Beteiligung an Demonstrationen und die Ermutigung der örtlichen Caritasverbände sich den lokalen Seebrücke-Bündnissen anzuschließen spielten hier eine wichtige Rolle.

Die Lobbyarbeit auf Ebene des Landes Niedersachsen war geprägt durch die Themen mangelnde Beschulung in Erstaufnahmeeinrichtungen und die vom Sozialministerium angekündigten Kürzungen im Bereich der Richtlinie Migrationsberatung. Diese Kürzungen konnten durch die intensive Lobbyarbeit der Caritas im Rahmen der LAG-FW für das Jahr 2019 weitestgehend verhindert werden.

### **Arbeitsbereich Schwangeren- und Familienberatung**

In der Arbeit unserer 17 Schwangerenberatungsstellen im Bistum stand die Beratung von Frauen mit Flucht- und Migrationserfahrung im Berichtszeitraum im Vordergrund – bei 4.670 Ratsuchenden insgesamt haben 3.205 Personen einen Migrationshintergrund!

Frauen und ihre Angehörigen kommen zu uns mit Fragen zur Schwangerschaft und Geburt sowie zu sozialrechtlichen Leistungen in diesem Kontext. Ebenso werden Probleme mit der Wohnsituation, Sprachbarrieren und unzureichende Berufs- und Ausbildungssituation genannt, aber auch physische und psychische Belastungen, fehlende Unterstützung durch das soziale Umfeld und Zukunftsängste im Zusammenhang mit Familie und Kinder.

Unsere Beratungsstellen werden so mit vielen Nationalitäten, Kulturen, Sprachen und Problemlagen konfrontiert. Die Beratungsprozesse sind unter diesen Umständen besonders zeitintensiv und erfordern ein hohes Maß an interkultureller Kompetenz der Beraterinnen. In der Beratungspraxis zeigt sich zudem ein hoher Bedarf an alltagspraktischer Begleitung gerade dieser Zielgruppe, z.B. bei Behördenkontakten.

Über die Einzelberatung hinaus machen die Beratungsstellen örtlich unterschiedliche Angebote, um die Selbsthilfekräfte von Ratsuchenden mit Flucht- und Migrationshintergrund zu fördern: Gruppentreffen mit Hebammen für Schwangere zur Geburtsvorbereitung, Treffen für junge Mütter mit ihren Kindern zum Kennenlernen und zur gesundheitlichen Weiterbildung, Sprachkurse und Angebote für günstige Kleider- und Kinderausstattung, Projekte zur schulischen Stärkung junger Frauen und zur Förderung der Elternkompetenzen bei der Erziehung ihrer Kinder im neuen kulturellen Umfeld, Einsatz ehrenamtlich Engagierten zur Alltagsunterstützung von Alleinerziehenden u.a.m.

Die Schwangerenberatungsstellen im Bistum Hildesheim tragen so dazu bei, dass Integration und Teilhabe für Frauen, Familien und Kindern mit Migrations- und Fluchthintergrund zunehmend

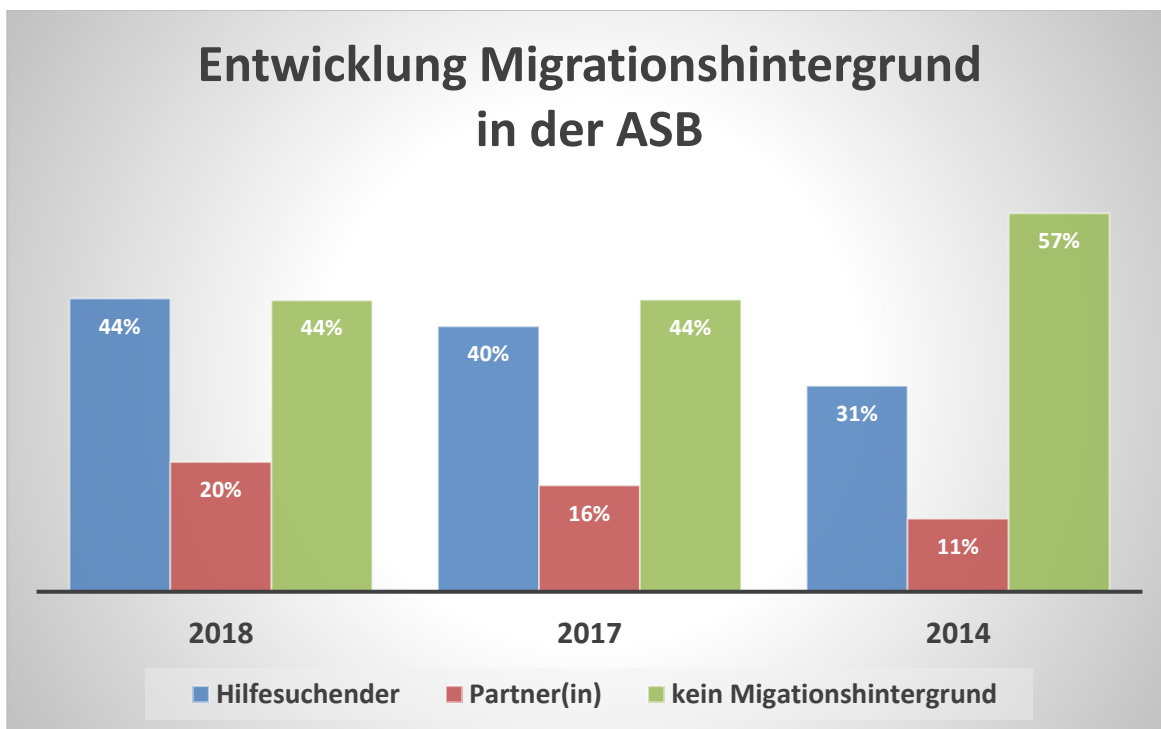
besser gelingt, Armutsgefährdungen dieser Menschen entgegengewirkt wird und gegenseitige Akzeptanz und Toleranz gefördert wird.

Damit Mitarbeitende und Trägerverantwortliche diesen und anderen Ratsuchenden auch weiterhin mit Beratung und praktischen Hilfen zur Seite stehen können, ist eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Beratungsstellen erforderlich. Dies ist aktuell gefährdet, Beratungsstunden werden kontinuierlich abgebaut, Beraterinnen sind zunehmend überlastet. Eine Sicherung der Finanzausstattung der katholischen Schwangerenberatung im Bistum Hildesheim ist dringend geboten.

### **Arbeitsbereiche Allgemeine Sozialberatung und Soziale Schuldnerberatung**

Zunehmend kommen geflüchtete Menschen nicht nur in der bundesdeutschen Gesellschaft, sondern auch in den allgemeinen Systemen sozialer Hilfen an. Wenn ausländerrechtliche und aufenthaltsrechtliche Fragen geklärt, idealerweise der Integrationskurs absolviert und erste Sprachkenntnisse vorhanden sind, wechseln viele Geflüchtete von den Angeboten der Flüchtlingssozialarbeit und der Migrationsdienste in die allen Bürgern offenstehenden Beratungsdienste der Caritas.

In der Statistik der Allgemeinen Sozialberatung (ASB) lässt sich diese Entwicklung gut ablesen. Bevor im Jahr 2015 eine gestiegene Zahl von Menschen Schutz vor Krieg, Verfolgung und Armut bei uns suchten, lag die Zahl der Ratsuchenden in der ASB, die einen Migrationshintergrund hatten, bei ungefähr einem Drittel aller Klient\*innen. Im Jahr 2018 dagegen waren Menschen mit Migrationshintergrund in der ASB genauso häufig in der Beratung anzutreffen wie Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte.



Für die Beratungsarbeit mit zugewanderten Menschen sind Sprachbarrieren von Bedeutung, aber auch die Benachteiligung Geflüchteter auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und die für diese

Menschen ungewohnte deutsche Bürokratie. Zugewanderte benötigen besondere Hilfe bei komplizierten Antragsvordrucken und schwer verständlichen Bescheiden.

Immer öfter müssen neu zugewanderte Bürger aber auch die Hilfestellung der Schuldnerberatungsstellen der Caritas in Anspruch nehmen, auch weil windige Geschäftemacher vertrauensselige Flüchtlinge schnell als leichte Beute erkannt haben. Deshalb sind z. B. Geflüchtete mit mehreren Handyverträgen bei ein und demselben Provider keine Seltenheit.

## **Arbeitsbereiche Integration durch Arbeit und Erziehungshilfe**

### Integration durch Arbeit (IDA)

Der IDA Verbund wurde gegründet, um insbesondere denjenigen Menschen, die nach vielen Jahren der Arbeitslosigkeit als „marktfremd“ gelten durch Qualifizierung und Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt gute Teilhabechancen zu ermöglichen. Die Diözesan-Arbeitsgemeinschaft IDA im Bistum Hildesheim fasst die katholischen und christlichen Träger aus dem Bistum mit ihren Projekten und Einrichtungen zusammen.

Ein wesentlicher Baustein für die berufliche Teilhabe am Arbeitsmarkt sind die Jugendwerkstätten (JUWE) und Pro Aktiv Centren (PACE), die vom Land Niedersachsen und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert werden und für die Entwicklung und Vermittlung von stabilen beruflichen und sozialen Perspektiven stehen, sowie für die Prävention von Armut. Damit bieten sie die Chance auf eine positive Persönlichkeitsentwicklung. Für viele junge benachteiligte Menschen sind sie oftmals die einzige Möglichkeit, Zugang zu einer angemessenen gesellschaftlichen Teilhabe zu finden.

Die inhaltlichen Schwerpunkte im Jahr 2018 waren regional bedingt sehr unterschiedlich und vielseitig. Im Fokus des IDA Verbundes standen 2018 viele erfolgreiche Aktionen und die Erstellung einer Image Broschüre sowie ein Landtagsbesuch als politische Vorbereitung. Ende 2020 endet die Förderperiode und jetzt ist das Thema auch politisch gesetzt und es wird verhandelt, wie es ggf. ohne EU Mittel für die Maßnahmen weitergehen könnte (aufgrund des Brexits).

Für einige Einrichtungen lag der Schwerpunkt zudem im Bereich der Flüchtlingsarbeit. Durch die langfristig angelegte Struktur der Maßnahmen und die flexible und individuelle Förderplanung ist es gelungen, passgenaue Unterstützung zur Integration in den Arbeitsmarkt zu bieten. Durch eine Vielzahl von angebotenen Maßnahmen, bspw. konnten Teilnehmende die komplette Maßnahme in Teilzeit durchführen und somit gleichzeitig Deutschkurse besuchen (morgens Deutschkurse/ nachmittags Jugendwerkstatt). Basis für dieses Beispiel gelungener Maßnahme Planung ist die Kooperation mit Netzwerkpartnern, die einen hohen Stellenwert bei allen Einrichtungen einnimmt.

Ein weiterer Schwerpunkt war die verstärkte Zusammenarbeit mit Schulen, um auch denjenigen Schülern eine zweite Chance zu bieten, die keinen Schulabschluss erlangen konnten bzw. die Schule verweigern. Zudem konnten insgesamt die Teilnehmenden verstärkt in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden.

## Erziehungshilfen /amb. Kinder- und Jugendhilfe

Der Bereich der ambulanten Kinder und Jugendhilfe ist von einer Vielzahl von Angeboten gekennzeichnet, bspw. die Erziehungsberatungsstellen, die Sozialpädagogische Familienhilfe, Beratung für Pflegeeltern, Kindergruppen, Kooperationen mit KiTas und Schulen.

Schwerpunkt 2018 waren unter vielen anderen das Thema „Kinder aus psychisch belasteten Familien“, aufgrund der vermehrten Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsleistungen für diese jungen Menschen. Hierzu wurden Kooperationsnetzwerke geschaffen, Mitarbeitende fortgebildet sowie Konzepte für sinnvolle und unterstützende Maßnahmen geplant. Das Thema war auch der Startschuss für den im Jahr 2019 stattfindenden Fachtag, der 2018 vorbereitet wurde und in Kooperation mit der Stiftung kath. Kinder und Jugendhilfe durchgeführt wird.

Angebote für Familien zum Austausch und zur gegenseitigen Unterstützung waren weitere Schwerpunkte, bspw. das Elternfrühstück. Hier waren die Eltern mit ihren Kindern nicht nur Teilnehmende, sondern haben die Treffen auch inhaltlich vorbereitet (Erziehungsthemen), durch die Partizipation der Eltern an der Themenauswahl, hatten die Mitarbeiter\*innen die Möglichkeit, auf Defizite und/oder weiteren Unterstützungsbedarf der Familie schnell reagieren zu reagieren. Auch war das Thema „Care Leaver“ (Heranwachsende, die aus der Jugendhilfe herausfallen aber noch Unterstützungsbedarf haben) immer mehr ein Thema, durch bspw. verstärkte Nachfrage nach Beratung und Unterstützung. Zudem erfolgte eine verstärkte Einbindung der Einrichtungen in kommunale und lokale, sozialraumorientierte Netzwerke, u.a. durch die neue Richtlinie aus 2018 im Bereich Frühe Hilfen sowie die Übernahme von Fachberatungen bei Kindeswohlgefährdung für verschiedene Landkreise. Der Bereich der Digitalisierung, bspw. verstärkte Anfragen zu Onlinekonsum von Kindern und Jugendlichen war ebenfalls ein großer Schwerpunkt in den Beratungen.

## **Arbeitsbereiche Behindertenhilfe, Betreuungsvereine und Prävention sexueller Gewalt**

### Behindertenhilfe

Die Arbeit im Bereich Behindertenhilfe war im vergangenen Jahr (wie auch fortlaufend) durch die Auseinandersetzung mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) geprägt. Kostenträger, Einrichtungen wie besonders auch die Menschen mit Behinderungen, ihre Angehörigen und rechtlichen Betreuer\*innen müssen sich auf einen Systemwechsel einstellen, der zu einigen Verwerfungen führen kann. Analog zum System „Hartz IV“ werden künftig die Kosten für die Unterkunft, die Hilfen zum Lebensunterhalt sowie die Leistungen der Eingliederungshilfe zu trennen sein.

Die Einrichtungen der Behindertenhilfe arbeiten – auch im Verbund der Arbeitsgemeinschaft der Caritas Einrichtungen der Behindertenhilfe in Niedersachsen (AG CEBN) – mit Hochdruck daran, die Rahmenbedingungen für die Umsetzung zu klären. Leider fehlen seitens des Landes noch wesentliche Informationen.

Zu begrüßen ist, dass künftig die Personenzentrierung im Mittelpunkt stehen soll, ob die Menschen mit Behinderungen davon profitieren werden, ist noch nicht einzuschätzen.

Einen weiteren positiven Aspekt stellen die sog. EUTB's (Erweiterte Unabhängige Teilhabeberatung) dar. Die Beratungsstellen arbeiten kostenträgerunabhängig, sind bundesfinanziert und den Bedarfen der Ratsuchenden verpflichtet. Im Bistum ist es gelungen, EUTB's in Duderstadt (Caritas Südniedersachsen), Gifhorn (Gifhorer Betreuungsverein), Hildesheim (Verein mit Beteiligung der Stiftung Kath. Behindertenhilfe) und Peine (Peiner Betreuungsverein) einzurichten.

### Betreuungsvereine

Bei den 4 Betreuungsvereinen im Bistum (Celle, Gifhorn, Hannover und Peine) war wie im Vorjahr die prekäre Finanzierungssituation (keine Erhöhung seit 2005) das alles überlagernde Thema. Zu Lasten der Qualität konnte diese nur ansatzweise durch die Übernahme zusätzlicher Betreuungen aufgefangen werden. Zur Zeit gibt es die Hoffnung, dass die bundesgesetzliche Regelung der Finanzierung nach oben verändert wird, allerdings ist die vorgesehene Summe knapp und wiederum wurde im Gesetzentwurf keine Dynamisierung der Vergütung vorgesehen. Die vorgesehene Vergütungshöhe wird in kurzer Zeit wieder durch die absehbare Entwicklung nicht kostendeckend sein.

### Prävention sexueller Gewalt

Bis zum Ende des Jahres 2018 ist es gelungen, dass sich über 7.300 Mitarbeitende im Rahmen einer Basisschulung in den verschiedenen Arbeitsfeldern mit der Thematik auseinandergesetzt haben. Basisschulungen werden nun seltener, und dann ausschließlich für neue Mitarbeitende angeboten.

Ab Herbst starten die ersten Auffrischungsschulungen für diejenigen, die vor 5 Jahren „erstgeschult“ wurden. Ein Curriculum dafür wurde gemeinsam – mit Expertise aus den verschiedenen Arbeitsfeldern – entwickelt und die Schulungsreferent\*innen entsprechend gebrieft.

Ansprechpersonen für die Thematik wurden in den meisten Einrichtungen qualifiziert und seitdem eingesetzt; Risikoanalysen durchgeführt und Schutzkonzepte einrichtungsbezogen erarbeitet. Dieser Prozess ist noch nicht beendet.

Es lässt sich konstatieren, dass die Widerstände, die es anfangs gegen die Schulungen und den Präventionsansatz gesamt gab, deutlich geringer geworden sind, ggf. nicht zuletzt durch die mediale Verbreitung des Themas.

## **Arbeitsbereiche Alten- und Gesundheitshilfe**

### Situation ambulante Pflege

Nach wie vor ist die Vergütung für ambulante Pflegeleistungen für die Sozialstationen nicht auskömmlich, die gesetzlich verankerte Anerkennung der tariflichen Bezahlung hat sich im Verhandlungsgeschehen noch nicht realisiert. In den Verhandlungen im Kollektiv konnten keine Vergütungserhöhungen erreicht werden, die die Personalkosten auf Basis der AVR Caritas abdecken bzw. Schieflagen aus der Vergangenheit beheben.

In den zurückliegenden 12 Monaten wurden deshalb die im Jahr 2018 anhand eines im Rahmen des Verhandlungsbündnisses mit den tarifgebundenen Verbänden AWO, Diakonie, den kommunalen Sozialstationen sowie dem Landescaritasverband Oldenburg entwickelten Kalkulationsschemas begonnenen Vorbereitungen zu Einzelverhandlungen für die häusliche Pflege (SGB XI) fortgeführt. Als Vorreiter innerhalb der Caritas in Niedersachsen hat die Sozialstation Groß-Förste im Mai 2018 zu Einzelverhandlungen aufgefordert, diese scheiterten, so dass die Schiedsstelle angerufen werden musste. Dort kam es am 21.03.2019 zu einem Vergleich. Das entwickelte Kalkulationsschema soll im Weiteren auch in den übrigen Sozialstationen innerhalb des DiCV Hildesheim als Instrument zum Nachweis der Betriebs- und Kostenstruktur, zur Verbesserung des Controllings, als Grundlage für einen Betriebsvergleich bis hin zur Durchführung von Einzelverhandlungen für jede Sozialstation implementiert werden. Dieses geschieht im Rahmen eines gemeinsamen Projektes von DiCV und den Sozialstationen (Laufzeit: März bis Dezember 2019) sowie mit Unterstützung durch PKF, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Braunschweig.

Für die Leistungen der Häuslichen Krankenpflege (SGB V) wurde von den o.g. Verbänden gemeinsam zu Vergütungsverhandlungen aufgefordert, auch hier auf der Grundlage der genannten grundständigen Kalkulation und der von allen teilnehmenden Diensten erhobenen entsprechenden Daten. Daraus ergab sich eine notwendige Steigerung der Vergütung für den Weg von fast 40%. Auch diese Verhandlungen sind gescheitert, die Entscheidung der Schiedsperson steht noch aus (Stand 05.04.2019).

Zugleich entwickelt sich der Mangel an zur Verfügung stehenden Pflegekräften, insbesondere Pflegefachkräften zu einem gravierenden Problem, insbesondere in der ambulanten Pflege. Die Folge sind Versorgungsengpässe, die immer häufiger die Ablehnung von Anfragen erfordern, so dass viele Pflegebedürftige und Angehörige nicht die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

Zahlen:

Von den sieben Sozialstationen innerhalb des DiCV Hildesheim wurden mit Stand 15.03.2019 von 390 Pflegekräften 2117 Patienten versorgt.

### **Arbeitsbereich Servicestelle bürgerschaftliches Engagement mit und für armutsgefährdete Menschen**

Seit 2015 entwickelte sich in der Diözese Hildesheim -wie auch an vielen anderen Orten in Deutschland- eine große Bereitschaft, sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe zu engagieren. Ausgelöst wurde dies durch die große Anzahl von Geflüchteten, die auch in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung suchten. Dieses umfangreiche Engagement hat maßgeblich dazu beigetragen, dass unsere Gesellschaft in der Lage war und ist, sich diesen großen Herausforderungen zu stellen.

Inzwischen haben sich viele Rahmenbedingungen geändert. Die öffentlichen Strukturen haben sich auf die Geflüchteten eingestellt, es ist eine gewisse Routine im staatlichen Umgang mit den Geflüchteten eingekehrt.

Mit der Anerkennung oder einem anderen Aufenthaltsstatus leben die Geflüchteten zunehmend in „Normalität“ in den Städten und Kommunen und haben einen ähnlichen Alltag, ähnliche Bedarfe,

Fragestellungen und auch Kapazitäten, sich in die Gesellschaft einzubringen wie schon lange in Deutschland lebende Menschen auch. Emotional und fachlich stellt sich daher für die ehrenamtlich Engagierten und die Hauptamtlichen inzwischen vielerorts die Frage, ob es sinnvoll ist, bestimmte Hilfsangebote auf die Gruppe der Geflüchteten zu beschränken. Oftmals scheint es der nachhaltigere Ansatz zu sein, das Engagement auf die Bedarfe im Sozialraum, unabhängig von einer formalen Gruppenzugehörigkeit, auszurichten. So wäre es z.B. mancherorts zielführender, eine ehrenamtlich angebotene Hausaufgabenhilfe in einer gemischten, rein auf den individuellen, schulischen Bedarf ausgerichteten Gruppe umzusetzen, als ein Angebot nach Geflüchteten und anderen Gruppen zu trennen.

Ziel unseres Engagements für und mit armutsgefährdete[n] Menschen ist es, allen Menschen eine umfassende Teilhabe am Leben zu ermöglichen. Teilhabe steht hierbei für Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebens, Mitbestimmung und Entscheidungsmöglichkeit im eigenen Umfeld. Denn, nur wer sich einbringen kann, gehört dazu. Der Mensch steht im Mittelpunkt, unabhängig davon, wie gering seine finanziellen Ressourcen sind.

International üblich ist es, Armut nach dem Einkommen zu definieren. Danach ist arm, wer monatlich weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens (Median) seines Landes oder seiner Region zur Verfügung hat.

Die Servicestelle richtet sich an interessierte Bürger\*innen, die ehrenamtlich tätig werden wollen, Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen, örtliche Caritasverbände und Verbände des SkF, kirchliche Gruppen und Gemeinden.

Mit unserer Servicestelle knüpfen wir an die Konzepte von Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung an. Wir wollen ehrenamtliches Engagement ermöglichen und sog. Betroffene beteiligen. Wir wollen Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements erkennen und begleitend zur Seite stehen, an Strukturen feilen, um mit Betroffenen Teilhabemöglichkeiten zu verbessern. Dafür entwickeln wir Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche und machen das vielfältige Engagement sichtbar.

Vor Ort, nach Erkundung der Ressourcen, entscheiden die Beteiligten, ob sie sich individuellen Begleitungen, Sozialpatenschaften, niederschweligen Treffpunkten oder anderen Bereichen des Engagements zuwenden werden.

### **Arbeitsbereich Fachberatung Kindertagesstätten**

In der Diözese Hildesheim befinden sich derzeit 164 kath. Tageseinrichtungen für Kinder (Kitas) in Trägerschaft von Kirchengemeinden, Ortscaritasverbänden oder Gesamtverbänden. Die Kitas werden von Kindern besucht, die verschiedener in Herkunft, Sprache, Glaube, Kultur nicht sein könnten.

In den vergangenen Jahren lag ein besonders großes Augenmerk auf den Kindern und Familien mit Migrationshintergrund. Viele Programme, gefördert von Bund, Land und einzelnen Kommunen konnten in den Kitas ein- und umgesetzt werden, so z.B. „Vielfalt fördert! Vielfalt fordert!“, Sprachbildung und Sprachförderung, auch durch sog. Sprachkitas, „Rucksack Projekt“ u.v.m. Die Fachberaterinnen der Referates Tageseinrichtungen für Kinder des DiCV's beschäftigen sich seit



längerer Zeit vermehrt jedoch mit dem großen Thema „Teilhabe von Kindern in den Tageseinrichtungen“.

In den Hospitationen und Beratungsgesprächen der Fachberaterinnen wird immer wieder deutlich, dass das Thema „Partizipation von Kindern“ noch nicht in allen Arbeitsbereichen der Einrichtungen angekommen ist. Zwar gibt es vermehrt „Kinderparlamente“, aber die Teilhabe im Kleinen, im täglichen Umgang mit den Kindern ist noch nicht überall in den Arbeitsalltag integriert. Kann ein Kind selbst entscheiden, was und mit wem es spielen möchte? Kann ein Kind immer schlafen, ruhen und entspannen, wenn es dies gerade braucht? Darf ein Kind immer essen, wenn es hungrig ist? Dürfen Regeln von den Kindern aktiv mit ausgehandelt werden?

Diese Liste lässt sich auf viele Bereiche des Kita-Alltags erweitern. Hinzu kommt die Frage, ob die Teilhabe aufgrund räumlicher Begebenheiten und Ausstattungen sowie durch Regeln nicht oft behindert wird. Straffe Tagesabläufe, falsche Materialien und Räume, auch Ängste und Haltungen der Mitarbeiterinnen behindern eine altersangemessene Beteiligung der Kinder.

Die Fachberaterinnen des Kita-Referates unterstützen die Einrichtungen bei der Umsetzung von Beteiligungsprozessen durch regelmäßige Fortbildungen, Besuche in den Dienstbesprechungen und Hospitationen in den Gruppen.

## **2. Verbands- und Profilentwicklung**

### **Europa**

Europa ist eine Wertegemeinschaft.

Damit möglichst viele Frauen und Männer an der Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 teilnehmen, ist es wichtig zu wissen wie die Europäische Union lebendig funktioniert und welchen Nutzen die Menschen von den Institutionen haben. Deshalb fand von Februar bis Mai 2019 im Foyer des Diözesancaritasverbandes eine kleine Ausstellung mit Informationen, auch zum Mitnehmen, statt. Davon machten die Besucherinnen und Besucher reichlich Gebrauch. Entwickelt wurde zur Wahl auch ein „Tischtuch“ aus Papier mit der Kontur der EU und dem Spruch „Dieses Tischtuch bitte nicht zerschneiden“. Dieses Tischtuch wurde beim Caritaskongress in Berlin über den DCV verteilt und fand bundesweit großes Interesse. Ein Wahlaufruf, der von den drei niedersächsischen Direktoren unterzeichnet ist, wurde als Einleger in den Gehaltsabrechnungen verteilt. Der Newsletter des DiCV wurde umgestaltet und brachte regelmäßig Meldungen zur Wahl. In den stationären Altenhilfeeinrichtungen und in der DiCV-Geschäftsstelle hieß es in der Woche vor der Wahl „Bei Nachbarn zu Hause“: Es wurde jeden Tag ein Gericht aus einem europäischen Nachbarstaat serviert.

Europa ermöglicht den Austausch von Ideen durch den Kontakt zwischen Menschen.

Erasmus+ mit dem Schwerpunkt Allgemeine Erwachsenenbildung ist ein sehr gutes und einfach zu nutzendes Förderprogramm der Europäischen Kommission.

Von 2016 – 2018 waren in einem Konsortium von den vier CKD-Diözesanverbänden Hildesheim, Köln, Limburg und Paderborn mit 20 Teilnehmenden in Vorarlberg, Innsbruck und Oberösterreich (Linz, Schlierbach) im Projekt „Caritas und ihre Kirche als nachhaltige Organisation für

ehrenamtliches Engagement“ vier Mal mit fünftägigen Lernaufenthalten unterwegs. Im März 2019 fand ein zweitägiges Nachtreffen in Köln statt, wo Österreicher von deutschen Projekten und der Selbstorganisation des Ehrenamtes in den Caritas-Konferenzen Deutschlands vieles Interessantes und Neues erfuhren. So wurde der Austausch weiter fortgesetzt.

Im September 2018 war eine Gruppe von zehn Ehren- und Hauptamtlichen für fünf Tage bei der Caritas Diözese Bozen-Brixen im Rahmen des Projektes „Neue Wege lernen: Armut erkennen und verringern“. Ein Besuch in Hildesheim ist für das kommende Jahr in Planung.

Europa fördert Projekte zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen und zur Personal- und Organisationsentwicklung.

Projekte sind durch Fördermittel der Europäischen Kommission auch in unserer Diözese vielfältig möglich und mancher Dienst oder Verband nutzt dies schon seit vielen Jahren, so bisher für die Arbeit der Jugendwerkstätten und PACE-Beratungsstellen, für Projekte in der Migrationsberatung im Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF).

2016 – 2018 nutzte der Diözesancaritasverband im Programm rückenwind+ Fördermittel für die Personal- und Organisationsentwicklung im Projekt „Innovation im Sozialraum: Menschen führen – Organisationskultur gestalten“. Perspektiven aus dem Projekt für alle Dienste und Einrichtungen der Caritas hat die Delegiertenversammlung 2018 als Empfehlungen beschlossen. Eine Projektdokumentation wurde vorgelegt, die weitere Anregungen für die Caritasarbeit liefert.

### **3. Finanzbericht**

Das Wirtschaftsjahr 2018 weist - im Gegensatz zum Vorjahr, das deutlich von der Sonderabschreibung auf das Gebäude St. Paulus in Göttingen geprägt war - wieder ein akzeptables Jahresergebnis aus. Auch wenn diverse außerordentliche Erträge im Jahr 2018 angefallen sind, so kann die Ertragslage insgesamt trotzdem als befriedigend eingestuft werden. Der Zuschuss vom Bistum an die Caritas war wiederum etwas höher als im Jahr 2017. Allerdings ist in dem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Steigerung ca. 1,5 Prozentpunkte unter der durchschnittlichen AVR-Gehaltssteigerung liegt, so dass diese Personalkostensteigerungen allein durch den BGV-Zuschuss nicht vollständig abgedeckt sind.

Zudem beginnen im Bistum strategische Planungen hinsichtlich des absehbar erwarteten Rückgangs der Kirchensteuereinnahmen. In Kombination mit dem neuen Bischof Heiner kündigen sich daher neue Diskussionen über Prioritäten und Sparmaßnahmen an, deren Auswirkungen auf die Caritas noch nicht absehbar sind.

Unverändert erfolgt die Landeszuwendung aus Lottomitteln im Rahmen des Niedersächsischen Wohlfahrtsgesetzes. Diese Mittel werden zweckentsprechend und EU-konform verteilt und verwendet. Unklar ist, ob eine erneute Klage gegen die Entscheidung der EU-Kommission in Zukunft diese Zuwendung erschwert oder gar verhindert. Hier wird aber nicht vor Ende 2020 mit einem Urteil gerechnet.

Die Kombination aus unterproportional steigenden Bistumsmitteln und konstanten Lottomitteln legt dem DiCV die Strategie nahe, sich in Zukunft unabhängig von diesen beiden Haupteinnahmequellen aufzustellen. Es ist daher für den DiCV in Zukunft anzustreben, die

Refinanzierung eigener Einrichtungen zu stärken zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen,  
bzw. die bereits heute vorhandenen Drittmittel auszubauen.

Der Vorstand

Hildesheim, den 24.05.2019

Achim Eng

Dr. Bernhard Aust